

Missbrauch den Riegel vorschieben

Politik Thorsten Frei spricht Klartext im Angesicht eines krassen Falls in Braunschweig: Mehr Kontrolle tue Not.

Villingen-Schwenningen. Mit einfachen Tricks sollen Asylbewerber in Braunschweig Sozialbetrug im großen Stil begangen haben. Der „Rekordhalter“ hatte demnach zwölf Identitäten, für die er Leistungen kassierte. Der Gesamtschaden liegt wohl im Millionenbereich.

Hauptsächlich Sudanesen

Bei den Sozialbetrügern handele es sich hauptsächlich um Flüchtlinge aus dem Sudan, so die Polizei, die während der Flüchtlingswelle im Sommer 2015 nach Deutschland kamen. Der NDR hatte zuerst über die Ermittlungen berichtet. Dem Bericht zufolge ließen sich die Flüchtlinge in der Landesaufnahmestelle Braunschweig mehrfach registrieren, um in mehreren Gemeinden parallel Leistungen zu beziehen. Zumeist hätten sich die Asylbewerber drei oder vier Identitäten gegeben, sagte Memenga: Mal einen Bart wachsen lassen, mal eine Brille aufgesetzt, mal die Haare kürzer, immer anderer Nachname. Die Sacharbeiter sollen während des enormen Andrangs keine Chance gehabt haben, den Schwindel zu durchschauen.

Das Thema beschäftigt nun auch die Politiker, etwa den CDU-Wahlkreisabgeordneten und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Thorsten Frei: „Jeder Fall von Missbrauch unserer Hilfsbereitschaft muss sanktioniert werden. Wir können es als Staat nicht tolerieren, dass unsere begrenzten Ressourcen von kriminellen Asylbewerbern geplündert werden“, schimpft er.

„Das ist eine Missachtung unserer Gesellschaft.“

Thorsten Frei,
CDU-Wahlkreisabgeordneter

„Das ist eine Missachtung unserer Gesellschaft und unserer Güte. Und das ist ebenso ein Schlag ins Gesicht aller wirklich Hilfsbedürftigen.“

Wer einen Aufenthaltsstatus oder Leistungen des deutschen Staates erhalten wolle, müsse uneingeschränkt bei der Identitätsfeststellung kooperieren. Dazu seien notwendigerweise Fristen zu setzen, nach deren Verstreichen die Mittelstreichung und in Folge die Ausweisung erfolgen müsse.

Thorsten Frei: „Es liegt doch auf der Hand, dass die bekannt gewordenen Fälle nicht nur auf Niedersachsen und sudanesischen Asylbewerber beschränkt bleiben. Deshalb müssen wir schnell eine umfassende Kooperationsverpflichtung für alle Asylbewerber einführen.“

Mittlerweile habe Deutschland die bundeseinheitliche Datenerhebung im Flüchtlingspass eingeführt, in dem biometrische Merkmale bei der Einreise erfasst werden. Ebenso sei der Austausch von Daten zwischen den verschiedenen Asylbehörden in Bund und Ländern verbessert. Frei: „Mit diesem System und den geschaffenen Möglichkeiten können wir dem Missbrauch einen Riegel vorschieben. Wir müssen es nur tun.“ *eb*

12

Identitäten soll der Dreisteste der mutmaßlichen sudanesischen Asylleistungsbetrüger angenommen haben.